

## **Präsidentenwahlen in Afghanistan – Ein noch wackeliger Schritt in Richtung Demokratie**

Almut Wieland-Karimi, Friedrich-Ebert-Stiftung Kabul, September 2004

- Die Durchführung der Wahlen ist ein Erfolg, die Rahmenbedingungen – insbesondere die Sicherheitslage – sind aber noch instabil.
- Am Wahlsieg des Übergangspräsidenten Hamid Karzai zweifelt niemand. Er ist der Kandidat mit internationaler Unterstützung und verfügt über größere Bekanntheit und Integrationsvermögen als seine Gegenkandidaten.
- Die offizielle Wählerregistrierung wird mit 10,5 Millionen angegeben, unter ihnen 42 Prozent Frauen. Allerdings scheint diese Zahl wegen Mehrfachregistrierungen und anderen Unregelmäßigkeiten zu hoch.
- Mangelnde Transparenz beim Vorgehen der *coalition forces* im Süden und Südosten des Landes sowie die beständige Zunahme privater Sicherheitsdienste unterminieren das Ansehen und das Vertrauen in die US-amerikanische Rolle im Friedensprozess.
- Das Wahlgesetz fördert nicht den Aufbau politischer Parteien. Persönlichkeiten und deren Netzwerke spielen eine größere Rolle als politische Ideen, Visionen und Programme.
- Im Vorfeld der Wahlen wurde einigen der Provinzfürsten und *warlords* die Macht beschnitten, die Zentralregierung versucht, ihren Radius zu vergrößern.
- Der Aufbau einer demokratischen Kultur und demokratischer Institutionen wird mindestens ein bis zwei Generationen dauern. Jedoch wurde ein wichtiger Diskussionsprozess über Demokratie und Partizipation in Gang gesetzt.

Die ersten Wahlen nach einem über 20-jährigen Krieg und Bürgerkrieg, in einem noch vor kurzem zu den gescheiterten Staaten zählenden Land, sorgen für Überraschungen. Wer hätte noch vor ein paar Monaten gedacht, dass sich 18 Kandidaten – darunter eine Frau – für das Amt des Staatspräsidenten bewerben würden? Wer hätte erwartet, dass sich über 10 Millionen Wähler würden registrieren lassen – selbst wenn diese Zahl u. a. wegen vieler Mehrfachregistrierungen überaus hoch erscheint? Wer hätte die politischen Schachzüge vorausgesehen, bei denen einige *warlords* sanft entmachtet werden?

Von vornherein stand fest, dass die ersten Wahlen – und zugleich der letzte Schritt des auf dem Petersberg im Dezember 2001 ausgehandelten Fahrplans zur Demokratie – nur eine erste Demokratieübung sein können. Afghanistan verfügt über keine tiefgehende Demokratieerfahrung - erste demokratische Ansätze hatte es lediglich seit den 1920er Jahren und insbesondere Mitte der 60er Jahre gegeben. Freie und faire Wahlen nach westlichem Maßstab bzw. nach Lehrbuchdefinition zu erwarten wäre unrealistisch. Bei allen Schwierigkeiten, vor allem wegen der angespannten Sicherheitslage und den Einschüchterungen von Wähle-

rInnen und KandidatInnen, ist das Stattfinden der Präsidentschaftswahlen an sich schon ein Erfolg.

### **Sicherheitslage: Fragil, aber nicht hoffnungslos**

Über ein Dutzend Menschen sind bei der Wahlvorbereitung ermordet worden: MitarbeiterInnen der Wahlkommission in den Provinzen Uruzgan und Ghazni und sogar einfache Zivilisten, denen der Besitz einer Wählerregistrierungskarte zum Verhängnis wurde. Auch der Entwaffnungsprozess von Milizen, das Programm *Disarmament, Demobilization and Rehabilitation* (DDR), dessen Umsetzung in der Berliner Afghanistan-Konferenz im April 2004 als oberste Priorität gefordert wurde, ist noch nicht zufriedenstellend umgesetzt. Selbst einzelne Kabinettsmitglieder sind nicht bereit ihre Privatgruppen zu entwaffnen. Nicht zuletzt ein Grund für den Favoriten dieser Wahl, Übergangspräsident Hamid Karzai, den amtierenden Verteidigungsminister Fahim nicht – wie lang angenommen – als seinen Vizepräsidenten aufzustellen.

Die mangelnde Sicherheit in den Provinzen, besonders in südöstlichen wie Zabul und Uruzgan, die zur *no-go-area* geworden sind, beeinträchtigt den Zugang zur Bevölkerung. Es ist kaum möglich die Menschen in diesen Regionen über die Wahlen und deren Sinn und Zweck zu informieren und diese dann auch technisch umsetzen zu können. Bei der NATO-Tagung in Istanbul im Juni kündigten die Mitgliedsstaaten zwar an, weitere Soldaten zu senden. Dieses scheiterte jedoch an der Bereitschaft bzw. Kapazität deren Mitglieder, so dass jetzt die USA weitere 1800 Soldaten anlässlich der Wahlen schicken. Insgesamt werden dann über 20000 internationale Truppen im Land sein - vergleichsweise wenig, sieht man in Richtung Irak, vergleichsweise viel mit der Perspektive, dass es mittelfristig die Aufgabe der afghanischen Sicherheitskräfte

sein muss die Sicherheit im Land zu gewährleisten.

Im Südosten des Landes halten die Kämpfe zwischen afghanischen Regierungstruppen und den US-amerikanischen *coalition forces* auf der einen und Gegnern des Friedensabkommens und der Demokratisierung, subsumiert als Taliban und al-Qaida, auf der anderen Seite an: Täglich fordert dieser Krieg Opfer, auch unter der Zivilbevölkerung. Die Nachrichtenlage über die Geschehnisse in diesen Regionen ist jedoch dünn: Selbst afghanische Regierungsvertreter wissen nicht viel mehr als das, was in den Tickerdiensten zu lesen ist. In jüngster Zeit behaupteten Taliban-Sprecher immer wieder, die *coalition forces* seien so eingeschüchtert, dass sie sich aus ihren Camps – modernen Festungen aus tonnenweise Beton, Sandsäcken und Stacheldraht – aus Angst kaum noch herausbewegen würden.

### **Private US-Sicherheitsdienste – kein Beitrag zu Vertrauen und Transparenz**

Gerüchte und Geschichten über Verstecke von Osama Ben Laden und Mullah Omar, dem ehemaligen Taliban-Chef, kursieren, aber deren Wahrheitsgehalt dürfte eingeschränkt sein. Selbsternannte 007s tragen auch nicht zum Vertrauen der afghanischen Bevölkerung in die ausländischen Beschützer bei. Der im Juli aufgedeckte Folterskandal eines ehemaligen US-Militärs und Mitarbeiters einer privaten Sicherheitsfirma, der Afghanen ohne jegliche Rechtsgrundlage festhielt, um aus ihnen Geständnisse über den Verbleib von Taliban-Mitstreitern zu erpressen, ist mit Entrüstung aufgenommen worden. Dieser ist von einem Kabuler Gericht zu 10 Jahren Freiheitsentzug verurteilt worden.

Mitarbeiter dieser Sicherheitsfirmen fahren in Jeeps mit verdunkelten Scheiben und ohne Nummernschilder umher und sind insofern kaum von den autonomen Kommandanten und *warlords* zu unter-

scheiden. Ein Eldorado für Abenteurer – und ein Dorn in den Augen der Bevölkerung. Auch die Tatsache, dass die US-amerikanische Sicherheitsfirma DynCorps den Noch-Übergangspräsidenten Karzai und nicht ausschließlich die nationale Polizei und Armee ihn beschützen, erweckt nicht den Eindruck, dass die Regierung in Kürze auf die Wiederherstellung des staatlichen Gewaltmonopols hoffen würde.

Ende August wurde ein Anschlag auf den Sitz von DynCorps in Shahr-e Nau, einem zentralen Stadtviertel in Kabul, verübt, bei dem mindestens 10 Menschen starben – verlässliche Zahlen liegen nicht vor. Auch bei der Aufklärung dieses Attentats mangelte es an Transparenz. Das US-amerikanische Ansehen und das Vertrauen in ihren Unterstützungswillen für den Friedens- und Wiederaufbauprozess leiden darunter.

### **Geringe Demokratiekenntnisse**

Noch ist es nicht gelungen in der kurzen Zeit nach dem Sturz der Taliban und dem Petersberger Afghanistan-Abkommen, also in knapp drei Jahren, einen umfassenden politischen Bewusstseinsbildungsprozess in Gang zu setzen. Viele Menschen haben sich zwar offiziell zur Wahl registrieren lassen, wissen aber offensichtlich nicht genau, was sich hinter dieser ominösen Registrierung verbirgt: Viele Menschen in ländlichen Regionen halten die Wahlregistrierungskarte für eine Art Ausweis. Die Minderheit der Afghanen verfügen über ein Personaldokument, ein Zensus hat gerade erst begonnen. Andere meinen, dass sie damit Lebensmittelrationen erwerben könnten – ein Relikt aus kommunistischen Zeiten der 1980er Jahre. Tatsächlich hat die Regierung versucht, Druck zu machen: Afghanen, die keine Registrierungskarten nachweisen konnten, wurden in Behörden nicht vorgelassen.

Wichtig ist es auch hier realistisch zu sein: Was in *workshops* und über die Medien vermittelt werden kann, erreicht höchstens die Hälfte der Bevölkerung. Die UNAMA (United Nations' Assistance Mission for Afghanistan) sowie Nichtregierungsorganisationen (NRO) und auch Teile der Regierung haben Poster, Cartoons, Broschüren und Radio- sowie TV-Spots produziert – erste Schritte, um möglichst viele Menschen zu erreichen. Wahrscheinlich bedarf es jedoch mindestens einer Generation, neuer Curricula in den Schulen und umfassender Alphabetisierungsprogramme, bis auch Menschen auf dem Land ihre Partizipationsmöglichkeiten in einer Demokratie und ihre Rechte und Pflichten auf der Grundlage der im Januar 2004 eingesetzten Verfassung vermittelt werden kann.

Auch der Prozess des *institution-building* hat gerade erst begonnen und es herrscht Konfusion über die Aufgaben und Befugnisse der verschiedenen Institutionen. Beispielsweise erklärte der Höchste Gerichtshof unter dem ultra-konservativen Vorsitzenden Shinwari, dass Latif Pedram, einer der Präsidentschaftskandidaten, blasphemische Äußerungen in einem Interview gemacht habe, insofern gegen die Verfassung verstoßen und damit als Präsidentschaftskandidat disqualifiziert sei. Sowohl die Akkreditierung der Kandidaten als auch deren Disqualifikation darf jedoch nur durch die international und mit Afghanistan besetzte Wahlkommission ausgesprochen werden.

### **100 US\$ pro Stimme**

Die informierte Stimmabgabe (*informed vote*) ist insofern noch ein ambitioniertes Fernziel. Die Erwartungshaltung gegenüber den Präsidentschaftswahlen ist eindeutig zu hoch: Ein Kreuz auf dem Stimmzettel zu machen ist zwar die stärkste Partizipationsmöglichkeit, aber letztlich nur ein erster Schritt. Beim ersten Sprung macht es wenig Sinn die Latte zu

hoch zu hängen. Realistischer ist hingegen Sima Samar, Vorsitzende der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission, die betont, dass eine zu 60 Prozent freie und faire Wahl schon ein Erfolg sei.

Die Menschenrechtskommission hat – wie viele andere Organisationen auch – offen dafür geworben, sich nicht einschüchtern zu lassen, da die Stimmabgabe geheim ist: Wenn ein Kandidat den Wählern drohe, wenn sie nicht für ihn stimmten, so solle man einfach nicken, aber am Wahltag sein Kreuz dort machen, wo man es wolle. Das Gleiche gilt für das Angebot, 100 US\$ - so der Durchschnittskurs – pro Stimme zu bezahlen: Geld annehmen und nach eigener Überzeugung wählen. Woher einige der Kandidaten so viel Geld haben, liegt relativ offen auf der Hand, vor allem, wenn man die blühenden Mohnfeldplantagen in den Provinzen gesehen hat. Insofern könnte der versuchte Stimmkauf auch als Geldwäsche oder Umschichtung von Drogen- und Waffengeldern interpretiert werden. Hier wäre ein Erfahrungsaustausch mit Wählern in anderen jungen Demokratien, wie in Südamerika der 1980er und 90er Jahre, sicherlich interessant.

### **Wahlkampf: Wahlgesetz stärkt Karzai**

Eindeutiger Favorit ist Hamid Karzai, Kandidat des Westens und vor allem der USA, aber auch ein moderater Vertreter, der mit seiner integrativen Politik als Pragmatiker bezeichnet werden kann. In Kabul kursiert die Vorstellung, dass er keine Entscheidung treffe ohne vorher den US-amerikanischen Botschafter Zalmay Khalilzad – ehemaligen amerikanischen Sondergesandten für Afghanistan und Irak – konsultiert zu haben. Dies würde erklären, wie Karzai es geschafft hat trotz der alles in allem weiterhin schwachen Regierung und ihren nachgeordneten Institutionen sein Überleben und auch den Fort-

gang des politischen Prozesses sichern zu können.

Kritisiert wurde Karzai von seinen Konkurrenten vor allem, weil er seine Position als Übergangspräsident der Islamischen Republik Afghanistan dafür nutze, Wahlkampf zu führen. Allerdings liegt darin auch in gefestigten Demokratien ein Vorteil für den Amtsinhaber. Der Vorteil der Opposition hingegen liegt eindeutig darin, alle Misserfolge der Regierung massiv kritisieren zu können – ohne bewiesen zu haben, dass sie es tatsächlich besser kann.

Als Indikator für den Erfolg der neuen Demokratisierung sollte bei der ersten Wahl in einem vormals gescheiterten Staat gelten, inwieweit sich Gegenkandidaten als konstruktive Opposition zur Regierung verstehen. Die 17 Gegenkandidaten haben alle mehr oder minder massiv – jedoch ohne persönlich zu werden, wie aus westlichen Wahlkämpfen zur Genüge bekannt - Karzai und die Übergangsregierung kritisiert. Letztendlich jedoch scheint der größere Teil von ihnen entschlossen, sich im Falle einer Stichwahl auf Karzais Seite zu schlagen.

Das eindeutig größere Problem für den Friedensprozess als die große Kandidatenschar stellen die fundamentaloppositionellen Kräfte dar, die versuchen den Prozess als solchen zu torpedieren. Als Erfolgsfaktor in Afghanistan sollte zählen, dass der Präsident auf demokratischem Weg sein Amt erlangt – nicht durch Waffengewalt. Ob dieser Gewinner nun Karzai, Qanuni oder anders heißt, kann in der jetzigen politisch-historischen Situation eindeutig als zweitrangig betrachtet werden. Hoffentlich wird diese Wahl nicht die einzige in Afghanistan bleiben – alle fünf Jahre sollen laut Verfassung Präsident und Parlament gewählt werden.

## Warlords langsam ausgebremst

Im Vorfeld der Wahlen war zu beobachten, dass die Strategie der Doppelzüngigkeit – einerseits Demokratie und Menschenrechte zu fordern, andererseits *warlords* in zentralen Regierungspositionen zu belassen – langsam ein Ende findet. In der Vergangenheit war immer wieder kritisiert worden, dass bei den zentralen Schritten des Friedensabkommens, wie der Entwaffnung, unterschiedliche Spielregeln galten: Machtvolle und einflussreiche *warlords* und Regionalfürsten wie Dostum im Norden und Ismail Khan im Westen konnten nach eigenem Gutdünken Schalten und Walten, während die Zentralregierung in Kabul und die einflussreichen *coalition forces* nicht ein-schritten.

Anfang September wurde Ismail Khan, der starke Mann Westafghanistans, jahrzehntelang Alleinherrscher über Herat und die benachbarten Provinzen, von der Zentralregierung abgesetzt. In jüngster Vergangenheit war sein Sohn, Luftfahrtminister in Karzais Kabinett, ermordet worden, und ein konkurrierender Kommandant hatte ihm die Macht im Westen streitig machen wollen. Ismail Khan wurde zwar ein Ministerposten angeboten – was jedoch mehr als Makulatur erscheint, da immer klar war, dass Khan nicht nach Kabul wollte. Man munkelt, als nächster stehe Muhammad Atta, ein der *jami'at-e islami* nahestehender Regionalfürst im Norden des Landes, auf der Abschlusssliste.

Bei der Entmachtung der Taliban hatten vieler dieser *warlords* mit ihren Milizen und Privatarmeen eine Rolle gespielt, indem sie als Bodentruppen und als Unterstützer der US-amerikanischen B52 Bomber die radikal-islamischen „Studenten“, die *taliban*, vertrieben. Sie wurde dann auch auf vielfältige Weise belohnt, nicht zuletzt mit einflussreichen Regierungspositionen. In Bezug auf diejenigen unter ihnen, die sich schwerer Menschenrechts-

verbrechen schuldig gemacht hatten, stellte sich zunächst die Frage, ob man in Afghanistan nicht die Pest mit der Cholera vertrieben habe.

Die Angst vor diesen starken Männern und ihren - im rechtsfreien bzw. in Anbetracht der noch schwachen afghanischen Armee und Polizei sowie dem nur begrenzten Mandat der International Security Assistance Force for Afghanistan (ISAF) nicht kontrollierbaren Raum agierenden - Milizen steckt allen in den Knochen: Pickups mit getönten Scheiben, ohne Nummernschild und mit schwerbewaffneten Söldnern auf der Ladefläche gehörten zum Straßenbild. Inzwischen aber nimmt deren Macht und Willkürherrschaft langsam ab.

## Persönlichkeiten wichtiger als Parteien und Programm

Dem Demokratisierungsprozess als eher abträglich zu bewerten ist die Tatsache, dass den politischen Parteien und Gruppierungen nur eine untergeordnete Rolle zufällt. Selbst, wenn diese zur Zeit als noch schwach und schlecht organisiert charakterisiert werden müssen, so ist doch eindeutig, welche wichtige Rolle sie als demokratische Institutionen in der Zukunft spielen könnten. Das einfache nicht-übertragbare Stimmrecht (*single non-transferable vote*) stellt Personen über eine Bewegung oder politische Orientierung: Diese Vorgabe des im Frühjahr 2004 von Karzai per Dekret eingesetzten Wahlgesetzes ermutigt die Persönlichkeitswahl, stärkt aber nicht den Aufbau demokratischer Parteien. Das Wahlgesetz, von vielen internationalen Experten kritisiert, scheint auf der anderen Seite aber nur ein Spiegel der aktuellen Situation mit den noch schwach entwickelten Parteien zu sein. Ein führendes Mitglied der internationalen Wahlkommission (*UN-Afghan Joint Electoral Management Body – JEMB*) meinte, dass diese Vorgabe der einfachen

(*single*) Stimmabgabe wieder geändert werden könne, sobald politische Parteien über bessere Strukturen verfügten.

Der Verdacht drängt sich aber auch auf, dass die Regelung der Stimmabgabe am Wahltag auch ein Schachzug ist, um Hamid Karzai zu stärken: Eine politische Bewegung oder Partei hat er nicht auf die Beine gestellt, obwohl einer seiner Brüder um die Jahreswende 2003/04 Anstrengungen in diese Richtung unternahm. Diese sind zunächst gescheitert. Der JEMB-Repräsentant hätte auch hinzufügen können, dass dieses geändert werde, sobald Karzai eine nennenswert organisierte Bewegung oder Partei hinter sich haben werde. Erwähnt werden sollte auch, dass die afghanischen Mitarbeiter der JEMB von Karzai ernannt wurden. Insofern verwundert es nicht, dass die Wahlkommission selbst von vielen als Pro-Karzai-Fraktion gesehen wird. Dieses ist natürlich auch dem Prozess nicht zuträglich.

### **Traditionelle Machtpolitik**

Die Werkzeuge der Machtpolitik sind eher traditioneller Natur: Ethnische Bündnisse und Verbindungen spielen eine weitaus größere Rolle als politische Programme. Ein Paschtune könnte einem anderen Paschtunen Stimmen abjagen, dass aber ein paschtunischer Kandidat in Zentralafghanistan von den Hazara viele Stimmen bekommen könnte, ist unwahrscheinlich. Der *warlord* Dostum im Norden spielt beispielsweise eine eindeutig ethnische – in seinem Fall die usbekische – Karte. Diese ist aber viel zu schwach, um in Kabul zu trumpfen.

Einige der Politiker versuchen aber bewusst, diese konservativen Strukturen zu durchbrechen und nationale Einheit nicht nur zu fordern: Sie machen Wahlkampf auch außerhalb ihres eigenen Herkunftsgebiets. Und zu ihren Vizekandidaten ernennen sie Angehörige anderer Ethnien. Beispielsweise sind der Bruder von Ahmad

Shah Massud, der Tajike Zia Massud, und der Hazara Khalili Karzais Vizepräsidenten-kandidaten. Qanunis Vertreter sind der Paschtune Wardak und der Hazara Balkhi. Vor allem Karzai scheint es erfolgreich gelungen zu sein, Anhänger in nicht-paschtunischen Gebieten, wie im nördlichen Badakhshan, zu gewinnen.

Die politischen Programme der Kandidaten gleichen sich auf fast schon verblüffende Art und Weise mit den Hauptzielen Sicherheit, nationale Einheit, eine starke und leistungsfähige Regierung sowie ein flächendeckender Wiederaufbau. Gerüchte kursieren über gewaltige Summen – in zweistelliger Millionen US-Dollar-Höhe –, für die Kandidaten aufgefordert werden sollen, ihre Kandidatur zugunsten der beiden großen Kontrahenten – Karzai und Qanuni – zurückzuziehen.

Kaum einer der Kandidaten konnte durch sein Programm überzeugen: Auf allen Wahlplakaten und in den über Radio und TV übertragenen Reden finden sich die beiden Schlagworte Islam und Demokratie. Sie spiegeln den Zeitgeist wider. Dem einen oder anderen Kandidaten darf ruhig unterstellt werden, dass auch er nicht genau weiss, was sich hinter dem Begriff ‚Demokratie‘ verbirgt. Zumeist besteht die erste Assoziation der Afghanen darin, dass Demokratie gleich Gleichberechtigung von Mann und Frau sei – in ländlichen und konservativ-islamischen Regionen eher ein Schreckens- als ein Wunschbild.

Insgesamt stellen sich 18 Kandidaten plus jeweils zwei Vizekandidaten zur Wahl. Offiziell hat die Wahlkampagne am 7. September begonnen und dauert somit genau einen Monat an. Allerdings war dieses die der offizielle Termin. Die Kampagne hat vor langer Zeit begonnen, jedoch mit sehr ungleichen Startpositionen. Manche der Kandidaten verfügen über reichliche Ressourcen, über deren Herkunft angesichts der überdimensional

starken Schattenwirtschaft in Form von Drogenanbau und Waffenschmuggel spekuliert werden darf. Andere sind auf ihren Familien- und Freundeskreis angewiesen und schaffen es insofern kaum, sich über Kabuls Stadtgrenzen hinaus bekannt zu machen.

### **Die Kandidaten: Gelehrte und Poeten, warlords und no-names**

Zu den Gerüchten gehört auch, dass Yunus Qanuni, der politische Chef der *noh-zat-e melli*, der politischen Vertretung mit Hauptsitz im nördlichen Panjir-Tal, inzwischen seinen spontanen Entschluss zu kandidieren bereut hat. Er hatte zunächst als ehemaliger Innen- und dann Erziehungsminister im Übergangskabinett Karzai seine Unterstützung unter bestimmten Bedingungen zugesagt, u.a. der Entlassung von bestimmten Karzai-Gefolgsleuten. Diese Bedingungen haben Karzai bzw. seine Berater offensichtlich jedoch nicht akzeptiert. Qanuni ist der zweitstärkste unter den Kandidaten und hat eine großangelegte Kampagne gemacht.

Die Panjiris stützen ihre Machtansprüche vor allem auf Ahmad Shah Massud, dessen Konterfei weiterhin an zahlreichen Windschutzscheiben und Häuserwänden hängt. Sein Todestag – ermordet wurde er am 9. September 2001 von als Journalisten getarnten al-Qaida-Anhängern – wird als nationaler Feiertag begangen. Dass Massud auch maßgeblich an der Zerstörung Kabuls im Bürgerkrieg der 1990er Jahre beteiligt war, daran mögen sich nicht alle gern erinnern. Auch Karzai und seine Berater wissen um die symbolische und legendenträchtige Wirkung von Massud. Karzai hatte in einem überraschenden Schachzug den *warlord* und Verteidigungsminister Fahim aus dem Panjir-Tal, der als sein Vizepräsidentenskandidat gehandelt worden war, durch Massuds Bruder Zia Massud ersetzt, bis dato afghanischer Botschafter in Mos-

kau und ein unbeschriebenes Blatt in der machtpolitischen Szene.

Viele nationale und internationale Aufmerksamkeit erregt die einzige Kandidatin: die Ärztin und ehemalige Mitarbeiterin des World Food Programs (WFP) in Afghanistan, Dr. Massouda Jalal. Sie wirbt damit, nicht in die Kriegshandlungen und Regime der Vergangenheit verwickelt und somit politisch unbescholten zu sein. Damit trägt sie der Tatsache Rechnung, dass Politik in Afghanistan einen schlechten Ruf und kein hohes Ansehen genießt. Im Namen von Politik wurde von verschiedenen Fraktionen in unterschiedlichen Konstellationen Krieg geführt.

Die Menschen haben die Nase voll von dieser Politik der Vergangenheit. Politik muss in Afghanistan neu definiert werden – als etwas Positives und Konstruktives. Hier knüpft Jalal an und wendet sich hauptsächlich an die Wählerinnen: Eine Frau verfüge über größere friedliche Potentiale als ein Mann. Allerdings konnte sie nicht deutlich machen, was ihr Programm noch ausmacht und wie ihre Regierung konkret vorgehen würde, wenn sie an die Macht käme. Auch hat sie es nicht geschafft, Netzwerke von politischen Frauen in größerem Umfang auf ihre Seite zu ziehen. Sie wollte wohl nicht ihre Unabhängigkeit verlieren.

Über die Motive der zahlreichen Kandidaten darf spekuliert werden: Einige sind alte Bekannte aus der kommunistischen oder der Mudjahedin-Zeit, wie General Dostum, der mit beiden zusammengearbeitet hat und für sein Bäumchen-Wechsel-Dich-Spiel berühmt-berüchtigt ist. Andere stehen dem Lager des ehemaligen Königs nahe, wie Sirat und Homayoun Assefi.

Ein weiterer Kandidat im oberen Bekanntheitsdrittel ist Sayyid Ishaq Gilani, der aus einer bekannten islamischen Mystiker-Familie stammt. Als ehemaliger W-

derstandskämpfer und bekennender Demokrat hatte er als erster seine Kandidatur noch im Jahr 2003 erklärt, um – so seine Erklärung – ein Zeichen zu setzen, dass die Afghanen wirklich Demokratie wünschten und sich nicht einen Präsidenten von der internationalen Gemeinschaft vor die Nase setzen lassen wollten.

### **Die technische Durchführung: Eine logistische Mammutaufgabe**

Die UNAMA sind gemeinsam mit der afghanischen Übergangsregierung, personifiziert in der JEMB, für die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen verantwortlich. Die für diese benötigten – und nach anfänglichen Finanzierungsschwierigkeiten doch noch zusammengetrommelten - knapp 70 Millionen US\$ werden von UNDP (United Nations' Development Program) verwaltet. Die anfänglichen Probleme und die damit zunehmende Kritik an den UN stellen sicherlich auch einen Grund dar, warum die Wählerregistrierung zu einer Hauptpriorität der UNAMA wurde: Jeden Tag wurden neue Zahlen mit einer exponentiell, fast schon schwindelerregenden steigenden Kurve verkündigt.

Die Gesamtsumme von 10,5 Millionen Wählerregistrierungen mit einem Frauenanteil von 41 Prozent erscheint jedoch überdimensioniert. Deren Fehlerquellen sind ein beliebtes afghanisches Gesprächsthema: Pakistanische Taxifahrer erzählen von ihren in den Grenzstädten erworbenen Wahlkarten, ganze Schulklassen wurden registriert und manche Leute haben Dutzende der Karten erworben. Letztendlich wird viel entscheidender sein, wie viel Menschen tatsächlich am Wahltag ihre Stimme abgeben werden. Viel mehr als drei bis vier Millionen werden es nicht sein.

Da viele Wähler den ganzen Prozess auch für ein „abgekartetes Spiel“ und die Wahl Karzais als vor- und fremdbestimmt hal-

ten, werden sie sich am Wahltag wohl nicht zur Urne begeben. Auch viele Frauen, selbst wenn sie registriert sind, werden von ihren männlichen Verwandten Steine in den Weg gelegt bekommen, wenn es tatsächlich um ihr Mitbestimmungsrecht geht. Von der Registrierungskarte der Frauen hatte Mann sich noch Vorteile erhoffen können, aber dass Frauen tatsächlich wählen gehen, wäre konservativ-traditionellen und zumeist ungebildeten Männern ein wirklicher Dorn im Auge.

Die Wahlen am 9. Oktober finden in Afghanistan sowie unter afghanischen Flüchtlingen in Iran und Pakistan statt. Über 125.000 Afghanen wurden angeheuert, um die Wahlen am 9. Oktober umzusetzen. Insgesamt soll es 5000 Wahlzentren und 25000 Wahllokale geben, die für Männer und Frauen getrennt sind .

### **Wahlfahrplan**

Falls keiner der Kandidaten mindestens 50 % der gültigen Stimmen bei der ersten Runde am 9. Oktober erlangt, muss eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen stattfinden. Diese soll zwei Wochen nach der Bekanntgabe der Ergebnisse erfolgen, die wiederum etwa zwei Wochen auf sich warten lassen wird: Die Wahlurnen müssen erst zu einer der acht regionalen Zählstationen transportiert werden - per PKW, Esel oder Helikopter. Bei der Stimmauszählung sind internationale und nationale Wahlbeobachter sowie Repräsentanten der Kandidaten zugelassen, die das Prozedere überwachen können.

Bei der Terminierung der nicht unwahrscheinlichen Stichwahl muss jedoch eingerechnet werden, dass Mitte Oktober der einmonatige Fastenmonat Ramadan beginnt, währenddessen die zweite Runde nicht stattfinden können. Vor Mitte bis Ende November wäre dann also nicht mit der zweiten Runde zu rechnen,

deren Ergebnisermittlung dürfte wiederum zwei Wochen dauern: Dann stünde der neue Präsident - offiziell - erst Anfang Dezember fest.

Die Parlamentswahlen und die Kommunalwahlen sollen im nächsten Frühjahr folgen. Eine offizielle Begründung für deren Verschiebung war, dass die genauen Bevölkerungszahlen in den Provinzen nicht bekannt seien und insofern nicht, wie in der Verfassung vorgesehen, die der jeweiligen Bevölkerungszahl in den 32 Provinzen entsprechende Anzahl der Sitze errechnet werden könne. Andererseits ist aber auch klar, dass die Wahlkommission den erwarteten Ansturm von unabhängigen Kandidaten nicht in dieser Phase hätte bewältigen können. Da die Rolle der politischen Parteien durch das einfache nicht übertragbare Stimmrecht marginalisiert wurde (s. o.), wird sich das Gros der Kandidaten nicht über Parteilisten, sondern als unabhängige Kandidaten zur Wahl stellen. Deren Zahl könnte durchaus 25000 oder mehr - für knapp 250 Sitze - betragen. Dies verdeutlicht, welcher Aufwand betrieben werden muss, um alle Kandidaten zu registrieren und zu überprüfen.

### **Wahlbeobachtung: Internationale Fehlanzeige**

Bedauerndwert ist, dass die Kontrollinstanzen und die Erfahrung bzw. Möglichkeiten fehlen, um feststellen zu können, wie frei und fair die Wahlen nun tatsächlich waren bzw. ob die Wahl überhaupt diesen Namen verdient. Einzelne Experten und Institutionen werden so zu Meinungsmachern. Die Gefahr besteht, dass einzelne Erfahrungen generalisiert und so ein - höchstwahrscheinlich negatives - Bild gezeichnet wird, welches die Medien vermutlich weiter transportieren werden. Wie wir alle gelernt haben, spielen die Medien eine wichtige und zentrale Rolle bei der Beurteilungs- und Meinungsbil-

dung und leider verkaufen sich schlechte Nachrichten besser als gute.

Eine große Unterstützung für den Demokratisierungsprozess wäre eine umfassende internationale Beobachtermission gewesen, die differenziert über die Qualität der Wahlen hätte berichten können. In anderen Post-Konflikt-Situationen, wie in Ost-Timor oder in Kambodscha, haben solche Missionen durchaus zur Freiheit und Fairness der Wahlen beitragen können. In Afghanistan sahen sich leider weder die Europäische Union (EU) noch die Organisation zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) dazu in der Lage. Sie haben lediglich Assessment Missionen entsendet, die Empfehlungen aussprechen, aber keinen öffentlichen Bericht abgeben. Lediglich die Asia Foundation hat eine knapp 50-köpfige asiatische Beobachtergruppe zusammengestellt.

Insbesondere eine Presseerklärung seitens der OSZE, dass sie sich aufgrund der fragilen Sicherheitslage nicht in der Lage sähen, Beobachter zu entsenden, hat viel Frustration auf der afghanischen Seite nach sich gezogen: Sowohl die Wahlen als auch der Wahltermin sind Ergebnis afghanisch-internationaler Konsultationen und Beschlüsse und die Afghanen fragen sich: Wenn die Sicherheit für internationale Beobachter nicht ausreichend ist, wie können dann Afghanen wählen gehen? Eine wenig Mut machende Botschaft, ein doppelter Zungenschlag, die von Seiten der internationalen Gemeinschaft an Afghanistan gesendet werden. Ein wenig abgefedert werden die mangelnden internationalen Wahlbeobachter durch den Aufbau der *Foundation for Free and Fair Elections for Afghanistan* (FEFA), einer Institution mit dem Ziel nationaler zivilgesellschaftlicher Wahlbeobachtung, die mit Unterstützung der US-amerikanischen NRO National Democratic Institute aufgebaut worden ist. Am Wahltag ziehen 1500 afghanische Wahlbeobachter aus,

um die Stimmabgabe kritisch zu beobachten.

### **Summa summarum**

Auch in den Geschichtsbüchern wird vermutlich nie eindeutig nachzulesen sein, wie frei und fair die afghanischen Präsidentschaftswahlen 2004 tatsächlich gewesen sind. Es fehlen einerseits noch die institutionelle Erfahrung und eine demokratische Kultur, andererseits ein Monitoringsystem, das eine umfassende internationale Beobachtermission hätte leisten können. Vielmehr wird nachzulesen sein, dass nach über 20 Jahren Krieg und Bürgerkrieg und einem unter den Taliban vollends gescheiterten Staat, der seinen Bürgern keinerlei Grundversorgung mehr anbieten konnte, sowie nach einem fast dreijährigen Friedensprozess die ersten Wahlen stattfanden.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass auch die beiden *loya jirgas*, die großen Ratsversammlungen zur Bestätigung des Übergangspräsidenten und der Übergangsregierung im Juni 2002, und die Verfassungsgebende Ver-

sammlung im Dezember 2003/Januar 2004 erste demokratische Schritte waren. Afghanische traditionelle friedenskonsolidierende Schritte, vermischt mit modernen Elementen, wie der Partizipation von Frauen, internationalen Beobachtern und modernster Konferenztechnik.

Es gibt Kritiker, die meinen, die Wahlen fänden zu früh statt, die Wahlvorbereitung und insbesondere der politische Bildungsprozess stecke noch in den Kinderschuhen. Dieses ist sicherlich richtig, aber der Aufbau einer demokratischen Kultur wird eine, wenn nicht zwei Generationen in einem friedlichen Umfeld benötigen. Da ist es eindeutig sinnvoller, erste Wahlen zu diesem Zeitpunkt durchzuführen und eine erste Partizipationserfahrung zu stiften – selbst wenn dieses aufgrund mangelhafter Sicherheit und zum Teil fehlendem Zugang zu Informationen kritisiert werden kann. Dass diese Wahlen überhaupt stattfinden können, ist schon ein Erfolg, ein ermutigender Schritt in Richtung eines demokratischen Gesellschafts-systems.

Kontakt: Marei John, Tel.: 030 / 26 935-915  
Ulrike Ehnes, Tel.: 0228 / 883-508